

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 28. JANUAR 2016

GESCH.-NR. 031/15
BESCHLUSS-NR.
IDG-STATUS öffentlich
SIGNATUR **16.04.22 Gemeindeorganisation; Postulate**
BETRIFFT **Postulat Urs Gut, GP, und Katharina Morf, FDP, sowie Mitunterzeichnende, betreffend Kunststoffrecycling - Aufrechterhaltung des Postulates**
Protokollierung der Ratsdebatte / Auszug aus dem substantiellen Protokoll

[...]

6. GESCHÄFT-NR. 031/15
Postulat Urs Gut, GP, und Katharina Morf, FDP, sowie Mitunterzeichnende, betreffend Kunststoffrecycling – Beantwortung

ANTRAG DES STADTRATES

In Beantwortung bzw. zur Erledigung des vorstehenden Postulates unterbreitet der Stadtrat mit Protokollauszug vom 3. Dezember 2015 einen Antrag um Abschreibung bzw. Erledigung des Vorstosses.

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 18 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Von der Antwort des Stadtrates zum Postulat von Gemeinderat Urs Gut, GP, und Gemeinderätin Katharina Morf, FDP, sowie Mitunterzeichnende, betreffend Kunststoffrecycling wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.
3. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Urs Gut, GP, Tannstrasse 44, 8307 Effretikon
 - b. Katharina Morf, FDP, Bachtelstrasse 3, 8307 Effretikon
 - c. Stadtrat, zweifach
 - d. Abteilung Gesundheit
 - e. Abteilung Präsidiales, dreifach

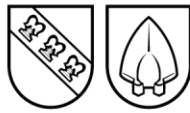
Kontaktperson

Marco Steiner
Direkt 052 354 24 16
marco.steiner@ilef.ch

Stadthaus

Märtplatz 29
Postfach
8307 Effretikon

Telefon 052 354 24 16
Fax 052 354 23 23
gemeinderat@ilef.ch
www.ilef.ch



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 28. JANUAR 2016

GESCH.-NR.

031/15

BESCHLUSS-NR.

Eingang des Postulates:

17. März 2015

Mündliche Begründung im Rat durch den Postulanten

9. April 2015

Überweisung des Postulates zu Händen des Stadtrates

9. April 2015

Beantwortungsfrist (gemäss Art. 74 Abs. 1 GeschO GGR)

8. April 2016

Eingang der stadträtlichen Antwort

3. Dezember 2015

Der Stadtrat übermittelt mit Beschluss-Nr. 242/15 vom 3. Dezember 2015 die Antwort auf das vorstehende Postulat. Die detaillierten Erläuterungen des Stadtrates ergeben sich aus der Postulatsantwort, wozu auf die separaten Akten verwiesen wird.

PLENARDEBATTE

In Anwendung von Art. 74 Abs. 2 GeschO GGR erteilt *der Ratspräsident* dem Co-Postulanten, Gemeinderat Urs Gut, GP, das Wort, da dieses bei Vorliegen des stadträtlichen Antrages auf Abschreibung bzw. Erledigung des Postulates mindestens der Urheberschaft zusteht.

Gemeinderat Urs Gut, GP, lässt Hintergrund und Hergang, welche Motivation gaben, das zugrundeliegende Postulat zu lancieren, nochmals Revue passieren und bettet die Thematik in die aktuellen Gegebenheiten ein.

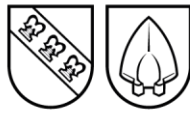
Sodann beleuchtet Gemeinderat Gut die stadträtliche Antwort bzw. den Antrag auf Abschreibung und gibt dessen Erkenntnisse im Sinne einer Kurzzusammenfassung nochmals wieder. Auf die wortgetreue Protokollierung jener Ausführungen wird zufolge der Faktenlage und der subsidiär konsultierbaren Dokumente verzichtet.

Weite Teile der stadträtlichen Ausführungen vermag Gemeinderat Gut nachvollzuziehen oder gar zu unterstützen. Die dargelegte Haltung, wonach das Sammeln von Kunststoff jedoch ökologisch und ökonomisch nicht sinnvoll sei, teile er dezidiert nicht.

Gemeinderat Gut habe Recherchen betrieben und sei im Rahmen dessen auf Betrachtungsweisen anderer Gemeinden gestossen, an welchen sich die hiesige Exekutive ein Beispiel hätte nehmen können. Jene Gemeinden hätten Wege und Mittel gefunden, solche Sammlungen ins Leben zu rufen. So lasse denn die stadträtliche Antwort auch die Darlegung alternativer Sammelformen vermissen. Schliesslich spare ein Kilogramm Recycling-Kunststoff drei Liter Öl – wie könne der Stadtrat angesichts dieser Tatsache zum Schluss gelangen, die Trennung von Plastikabfällen sei ökologisch nicht sinnvoll?

Auf weitere Details (wie erfolgreiche allgemeine Recyclingquoten usw.) möchte Urs Gut an dieser Stelle nicht mehr zu sprechen kommen; diese Fakten seien hinlänglich bekannt.

Die Postulanten seien sodann auch weitaus nicht die Ersten, welche die Idee der Kunststoffsammlung initiiert hätten; so bestünde eine lange Liste mit Standorten und Gemeinden, welche Kunststoffe sammeln. Bezeichnenderweise figure die Stadt Illnau-Effretikon nirgends in diesen Übersichten; wohl aber die Gemeinden Bassersdorf, die Städte Dietikon und Dübendorf. Dem Stadtrat wäre es gut angestanden, sich bei jenen Gemeinwesen zu erkundigen, welchen Wegen und Mitteln sich jene behändigt hätten, um solche Sammlungen erfolgreich zu implementieren. Der Stadtrat habe es vorgezogen, sich über diese Tatsachen auszuschweigen. Zudem würden weitere Referenzlisten aufzeigen, wonach bereits 14 Kantone Anstrengungen unternommen hätten, solche Kunststoffsammlungen zu realisieren.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 28. JANUAR 2016

GESCH.-NR.

031/15

BESCHLUSS-NR.

Die stadträtliche Antwort zeichne sich durch ihre Einseitigkeit aus und vermöge nicht zu überzeugen. Gemeinderat Gut möchte dem Stadtrat eine weitere Chance einräumen, genauere Abklärungsmassnahmen zu treffen und ersucht das Plenum daher, dem Antrag auf Abschreibung nicht stattzugeben. Das Postulat sei dem Stadtrat zurückzuweisen.

Gemeinderat Urs Gut bemüht in seiner Empfehlung zu Handen des Gesamtrates den Begriff der „Rückweisung“, welcher in diesem Kontext als stehender Begriff bzw. als nicht zutreffendes Synonym für den tatsächlich gemeinten Vorgang der Nichtabschreibung (bzw. der Aufrechterhaltung des Vorstosses) auszulegen ist. Der Ratspräsident präzisiert in der Folge diese formellen Nuancen.

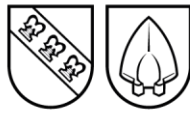
Die allgemeinen Verfahrensvorschriften, wie sie laut Art. 74, Abs. 2 GeschO GGR im aktuellen Fall zur Anwendung gelangen, sehen vor, dass der Rat bei Anträgen, welche die Erledigung bzw. Abschreibung von Postulaten umschliessen, nach erster Stellungnahme der Postulanten, eine Diskussion eröffnen kann, sofern der entsprechende Bedarf ausgewiesen ist. Eine Abstimmung hierüber ist nicht notwendig.

Nach entsprechender Rückfrage durch *den Ratspräsidenten*, stellt der dieser fest, dass mehrere Votanten um Worterteilung ersuchen. Öffnung der Diskussion.

Gemeinderätin Katharina Morf, FDP/ULIE, ihres Zeichens Co-Postulantin, taxiert die stadträtliche Antwort als unausgewogen und einseitig. Der Stadtrat stütze sich dabei auf Erfahrungen, welche die Städte Zug und Luzern im Rahmen der jeweilig durchgeführten Pilotprojekte gesammelt hätten sowie auf in gleicher Sache angestellten Studien des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) und des kantonalen Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL). Jene Erkenntnisse stammen aus dem Jahre 2010 und seien daher zwischenzeitlich in ihrer Aktualität überholt. Der Stadtrat aber habe die aktuellen Entwicklungen nicht in seinen Bericht einfließen lassen. So sei beispielsweise die dort festverankerte Sammlung in Eschlikon TG mit keinem Wort erwähnt. Auch über die Erkenntnisse aus den nahegelegenen Gemeinden Wallisellen, Neftenbach, Bassersdorf oder Egg werde mitnichten berichtet. Gespräche mit den entsprechenden Fachpersonen (Müller Entsorgungs AG, Standortgemeinde Hettlingen der Fabi Entsorgungs GmbH) hätten ergeben, dass das Sammeln des Kunststoffes erwünscht und sich bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern gut etabliert hätten. Auch in Affoltern am Albis sei im Jahre 2010 eine solche Sammlung implementiert worden; und dies erst noch von einer SVP-Gemeinderätin, wie Postulantin Morf, in Richtung SVP-Fraktion blickend, betont. Sämtliche Gemeinden stützen sich beim Kollektivierungsansatz auf das Gebührensackmodell, wie man es von der herkömmlichen Kehrichtsammlung her kenne. Von Dezember bis Januar seien in Affoltern 50'000 entsprechende Säcke zum Verkauf gelangt. Im ersten Sammeljahr anno 2010 seien dort 10 Tonnen an Sammelgut angefallen, während sich jener Wert im Jahre 2015 auf 270 Tonnen erhöht hätte.

Gemeinderätin Morf hätte erwartet, dass der Stadtrat solche Beispiele in seiner Antwort anführe, aufgreife oder zumindest beleuchtet und dann seiner konkludierenden Haltung entgegengestellt hätte. So hätte sich den Parlamentariern und Parlamentarierinnen ein objektiveres Bild der Lage erschlossen.

Die eben erwähnten Beispiele würden zeigen, wonach solche Sammlungen gewinnbringend organisiert werden können. Die öffentliche Hand möge - getreu dem durch die angeschlossene Fraktion gepflegten liberalen Gedankengut - solchen Ansinnen nicht im Wege stehen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 28. JANUAR 2016

GESCH.-NR.

031/15

BESCHLUSS-NR.

Der Stadtrat sei gehalten, seine Erhebungen zu vertiefen. Die im Detaillierungsgrad erneut vorzulegende Antwort möge denn auch aufzeigen, ob ein privates Unternehmen mit der Durchführung einer solchen Sammlung betraut werden könnte. Schon aus finanzpolitischer Sicht sei dies durchaus angezeigt.

Katharina Morf kommt resümierend zum Schluss, wonach sie es begrüsse, dass der Stadtrat die Sammlung von Wertstoffen grundsätzlich befürworte und sich im Rahmen eines kantonalen Versuchsprojektes allenfalls gar bereit erklären würde, sich entsprechend zu engagieren. Allerdings hätte die Stadt Illnau-Effretikon gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch eine etwas aktivere und initialisierendere Rolle zu Tage fördern können; selbst wenn der Kantonsrat von Zürich anlässlich seiner Sitzung vom 11. Januar 2016 einer flächendeckenden Sammlung der anfallenden Kunststoffe die Zusage mit 88 zu 83 die Stimmen verweigert hatte.

Illnau-Effretikon hätte unter dem Schirm der Energiestadt eine Vorreiterrolle einnehmen können; offensichtlich möchte der Stadtrat diese Chance nicht wahrnehmen.

Im Rahmen einer persönlichen Empfehlung plädiert auch Gemeinderätin Morf für eine Nichtabschreibung des Postulates, wobei auch sie den Begriff der Rückweisung bemüht.

Gemeinderätin Brigitte Rösli, SP, pflichtet sowohl dem Vorredner als auch der Vorrednerin bei. Auch aus Sicht der SP-Fraktion sei die vorliegende Antwort bzw. der vorliegende Antrag auf Abschreibung aufgrund der offensichtlichen Unausgewogenheit abzulehnen. So erscheine es denn auch durchaus sinnvoll, den etwas dürftigen Bericht in diese Weise weiterzuentwickeln, wie es die beiden Postulanten nun eben ausgeführt hätten. Auch unter dem Betrachtungswinkel der Energiestadt könne Illnau-Effretikon in dieser wichtigen Sache nicht hintantstehen.

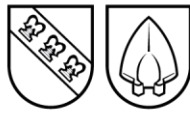
Gemeinderat Erik Schmausser, GLP, vermochte beim Studium der stadträtlichen Antwort zwei interessante Aussagen im Bericht auszumachen; zum einen stimme ihn die Tatsache freudig, wonach der Stadtrat grundsätzlich Separatsammlungen von Wertstoffen befürworte; zum anderen sei positiv zu würdigen, dass der Stadtrat sich zumindest im Grundsatz die Teilnahme an einem entsprechenden Pilotprojekt vorstellen könne.

In Anbetracht der Gesamtheit der stadträtlichen Ausführungen kann sich Gemeinderat Schmausser des Eindruckes nicht erwehren, wonach der Stadtrat aber den Sachverhalt primär gar nicht prüfen, sondern das Ansinnen vielmehr abschmettern wollte.

Im Bericht fände sich kein einziges Beispiel von Gemeinden bzw. Städten, welche diesbezüglich positive Erfahrungen auszuweisen wüssten. Ferner mangle es der stadträtlichen Verlautbarung an Fakten oder Hinweisen auf Ökobilanzen, welche die dargelegte Haltung stützen würden.

In der Tat sei umstritten, ob es nun ökologisch sinnvoll sei, Sammelgut in Kehrrichtverbrennungsanlagen zu vernichten und die daraus entstehende Energie bzw. Wärme zum eigenen Vorteil zu nutzen. Gemeinderat Schmausser hätte sich eine konstruktive, inhaltliche Auseinandersetzung mit solchen Themen gewünscht, indessen der Stadtrat einen solchen Diskurs jedoch gänzlich ausspart. Statt eine vorgefasste Meinung zu untermauern, hätte der Stadtrat gut daran getan, eine transparente Abwägung dieser verschiedenen Aspekte vorzunehmen.

Die Stärke des Postulates vermochte in der offenen Formulierung geortet zu werden; der Postulatstext sah sodann auch davon ab, eine gemischte Kunststoffsammlung zu prüfen. Eigentlich hätte der Stadtrat diesen Steilpass verwerten und aufzeigen müssen, ob gewisse Plastikfraktionen auch separat gesammelt werden könnten (z.B. Kunststoffverpackungen).



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 28. JANUAR 2016

GESCH.-NR.

031/15

BESCHLUSS-NR.

Wo aber kein Wille bestehe, bestünde bekanntlich auch kein Weg, weshalb Gemeinderat Schmausser – zum Schluss kommend – die bereits gestellten Anträge (auch namens der Fraktion) auf Aufrechterhaltung des Vorstosses unterstützt. Der Stadtrat sei einzuladen, seine Haltung unvoreingenommen mit erhöhtem Gestaltungswillen, nochmals zu revidieren.

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP/JLIE, zeigt Verständnis für die durch Ratskollegin Morf und Ratskollege Gut dargebrachte Haltung, wonach sie vom Stadtrat eine umfassendere Antwort zu ihrem Postulat erwartet hätten. Auch für seinen Geschmack seien dessen Ausführungen gar allzu kurz ausgefallen.

Obschon sich denn der stadträtliche Bericht gar knapp präsentiere, so teile Gemeinderat Käppeli in der Sache dennoch dessen Schlussfolgerung: Die Stadt Illnau-Effretikon solle nicht – wie im Postulat zur Prüfung vorgeschlagen – ein zeitlich begrenztes, flächendeckendes Pilotprojekt zur Kunststoffsammlung starten. Im Ergebnis gelange der Stadtrat – notabene wie andere Gemeinden auch – zum sachlich logischen Schluss: Er folge nämlich dem Bundesamt für Umwelt, welches den Gemeinden ausdrücklich empfehle – Käppeli zitiert wortgetreu – „mit einer Sammlung von gemischten Kunststoffabfällen aus Haushalten noch zuzuwarten.“ Daher möge der Grosse Gemeinderat das Postulat, wie durch den Stadtrat im Ergebnis beantragt, abschreiben und damit der eindeutigen Empfehlung des BAFU folgen.

Zudem hätten die Gemeinderäte Gut und Morf anhand einiger Beispiele ausgeführt, wonach zahlreiche private Entsorgungsunternehmen existieren, die erfolgreich Kunststoff-Recycling betreiben. Es sei nun daher nicht Aufgabe des Staates, private Unternehmen mit einem eigenen Pilotprojekt zu konkurrenzieren. Gleichzeitig sollte die Stadt Illnau-Effretikon nun aber auch nicht eines der privaten Entsorgungsunternehmen mit Steuergeldern subventionieren.

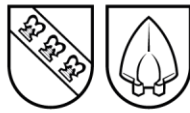
Gemeinderat Käppeli wendet sich den beiden Urhebern des Postulates zu, indem auch er die Separatsammlungen von Wertstoffen befürworte. Gemeinderat Käppeli würde es begrüssen und unterstützen, wenn beide ihre direkten Kontakte zum Verein Kunststoffrecycling Schweiz weiter intensivieren und darauf verwenden würden, eines der Entsorgungsunternehmen dafür zu gewinnen, auch auf Illnau-Effretiker Stadtgebiet Kunststoffabfälle zu sammeln. Käppeli zeigt sich überzeugt, dass sich dafür geeignete Orte und Partner wie Grossverteiler und vielleicht auch die Landi oder der Volg für Sammelsack-Annahmestellen finden lassen würden.

Gemeinderat Christian Hiltbrunner, SVP, (gekleidet im Tarnanzug der Schweizer Armee) erachtet Recycling als – Zitat – „super“. Er habe am selben Tag beispielsweise in der Kaserne zwei PET-Flaschen eigenhändig entsorgt und etwa 3000 Schuss Munitionshülsen aufgesammelt; gut investiertes Steuergeld, das auf diese Weise ebenso rezykliert würde.

Erheiterung im Saal.

Dennoch gäbe es wohl Sinnvolles und weniger Sinnvolles, was sich zu sammeln eigne. Der Stadtrat beschlage mit seinen Ausführungen in etwa dieselben Punkte, wie sie die SVP-Fraktion schon anlässlich der damaligen Vorstoss-Begründung vorgebracht hatte; Gemeinderat Hiltbrunner nimmt dieses Faktum mit einer gewissen Genugtuung zur Kenntnis.

So sei Recycling nun eben nicht mit der Entsorgung gleichzusetzen. Recycling hätte sodann auch marktwirtschaftlich zu funktionieren und daher sowohl ökologischen aber auch ökonomischen Aspekten zu genügen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 28. JANUAR 2016

GESCH.-NR.

031/15

BESCHLUSS-NR.

Wie der Stadtrat ausführe, seien Bestrebungen auf Bundesebene vorhanden, die Thematik zu verfolgen. So seien denn auch gewisse Minima an Infrastrukturen zu schaffen, damit entsprechende Sammlungen auch ökonomisch reüssieren. Bis diese Massnahmen erwogen sind und die entsprechenden Erkenntnisse gereift seien, empfehlen Bund – und auch gewisse Kantone – mit einer Umsetzung auf Gemeindestufe noch zuzuwarten.

Auch privatwirtschaftliche Unternehmungen hätten bereits Wind von der Sache bekommen und seien auf den Zug aufgesprungen, sodass es keiner weiteren Einmischung durch den Staat in diesen Angelegenheiten mehr bedarf. So möge man diesen Unternehmen dann auch den Profit zu Gute halten, sollte sich ein solcher dann auch tatsächlich einstellen.

Gemeinderat Hiltbrunner dankt dem Stadtrat für dessen Antwort und auch jenen Mitunterzeichnenden, die sich von der stadträtlichen Darlegung befriedigt zeigen.

Im Übrigen empfehle die Fraktion Zustimmung zum Antrag des Stadtrates und plädiert auf Abschreibung des Postulates.

Gemeinderat Matthias Müller, CVP, habe das Postulat mitunterzeichnet, da er den Gegenstand als grundsätzlich prüfenswert taxierte.

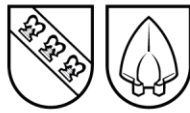
Die stadträtliche Antwort vermochte ihn im ersten Moment zu überzeugen, da es sich einleuchtend darstellte, einstweilen zuzuwarten, bis auf übergeordneter Stufe die notwendigen Grundlagen geklärt sind. Und dennoch lasse die Antwort des Stadtrates einiges an Engagement vermissen; da erschliesse sich dem Stadtrat noch Potenzial nach oben. Es rühre nicht von ungefähr, wenn dennoch - entgegen der bundesamtlichen Empfehlung - zahlreiche Gemeinden Versuchsfelder implementieren und sich privatwirtschaftliche Unternehmen gar mitbetätigen. Die Grossverteiler Migros und Coop würden sich zwar in der Rücknahme von Plastikflaschen üben, wie sehe es aber in Stadtteilen aus, wo diese Läden nicht vertreten seien? Auch hierzu müsse der Stadtrat Gedanken anstellen. Getreu dem Grundsatz mit wenig Aufwand Gutes zu bewirken und der Umwelt Sorge zu tragen, wünscht sich Gemeinderat Müller eine differenziertere Antwort des Stadtrates zu diesen Belangen. Die CVP-Fraktion empfiehlt in der Folge Nichtabschreibung des Postulates.

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, spricht zum zweiten Mal zur Sache. Käppeli stellt fest, dass die gewünschten differenzierten Haltungen zur Thematik gegenwärtig bereits Aufnahme in die laufende Diskussion am heutigen Abend fanden, und so doch nicht auch noch beim Stadtrat einzufordern seien.

Gemeinderat Käppeli referenziert den formulierten Prüfungsauftrages des Stadtrates im Detail. Demnach wurde der Stadtrat eingeladen, zu prüfen, ob ein entsprechendes Pilotprojekt geschaffen werden könnte.

Der Stadtrat habe nun seinen Auftrag erfüllt und die Fakten geprüft. Wenn andere – also Private – nun am Zug sind, ein solches Projekt zu realisieren, dann präsentiere sich dies in einem umso besseren Licht. Dass dezidiert das Subjekt der Stadt zum Schluss gelange, dass es selbst kein solches Projekt zu lancieren wünscht, sei mit diesem Bericht nun hinlänglich bekannt und ausgewiesen. Der Prüfauftrag sei somit erfüllt oder wie Gemeinderat Käppeli es gar auf Englisch auszudrücken weiss: „It's all done, it's all done!“

Gemeinderat Roger Miauton, SVP, möchte klärend wirken. Mit dem Sammeln alleine sei es bei Weitem noch nicht getan; das Sammelgut sei auf irgendeine Art und Weise auch zu verwerten. Es sei korrekt, dass private Entsorgungsunternehmen solche Dienstleistungen anbieten, da sie ein wirtschaftliches Interesse vertreten.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 28. JANUAR 2016

GESCH.-NR.

031/15

BESCHLUSS-NR.

Allerdings werde der gesammelte Kunststoff nicht sortiert, sondern bloss den Kehrichtverbrennungsanlagen als Brennstoff verkauft, was wiederum in einem Boomerang-Effekt resultiere. Schlimmstenfalls äussere sich dies im Umstand, wonach dann höhere Kehrichtgebühren zu entrichten seien. Früher bediente man sich der vorgezogenen Recyclinggebühr, heute gehe man bereits zur vorgezogenen Entsorgungsgebühr über. Es bestünde aber momentan kein anderer Markt, der den gesammelten Kunststoff anderweitig zu verwerten wisse. Die Verbrennung des Plastiks sei momentan die einzige Option.

Gemeinderätin Brigitte Rösli, SP, weiss diesem Votum zu widersprechen; denn aus den gesammelten Plastikabfällen könne beispielsweise Granulat gewonnen werden.

Es erschliesst sich dem Rat aus den Ausführungen indessen nicht, für welchen Zweck das angesprochene Granulat verwendet werden kann, wie Zwischengespräche in den Reihen des Plenums und fragendes Gemurmel die Stimmung wiedergeben.

Die Bewirtschaftung (Abholung, Lagerung, usw. der Säcke) seien für die Stadt kostenfrei; der externe Dienstleister könnte solche Kosten selbst tragen, derweil die Stadt mit dem Verkauf der Sackrollen gar noch zwei Franken Ertrag pro Stück zu erwirtschaften vermöge.

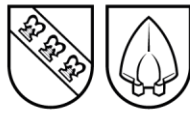
Gemeinderat Erik Schmausser, GLP, nimmt Bezug auf das Votum von Gemeinderat Michael Käppeli und rezipiert die Einleitungsfloskel des Postulates.

Gemeinderat Schmausser zeigt sich erstaunt, welche weiteren Bewandnisse durch Gemeinderat Käppeli oder Votant Hiltbrunner in das schriftlich formulierte Ansinnen hineininterpretiert würden.

Erik Schmausser betont wiederholt, dass der Text wohl bewusst sehr offen formuliert sei; der Stadtrat hätte die sich bietende Fülle an zu thematisierenden Aspekten einfach zielführender ausschöpfen und beleuchten sollen. Wie bereits ausgeführt, biete der Vorstoss einen Steilpass für eine gute Lösung, die durchaus einer privaten Trägerschaft zur Organisation übertragen werden könne. Die Situation präsentiere sich gegenwärtig wohl mindestens einfacher, da die Stadt bereits über bestehende Flächen für Sammelstellen und die dortigen bereits vorhandenen Einrichtungen verfüge. Dem Ansinnen der Postulanten könnte demnach also bereits entsprochen werden, da die wichtigen Grundlagen bereits vorhanden seien.

Der Ratspräsident stellt zumindest einstweilen die erschöpfte Diskussion im Kreise der Parlamentarierinnen und Parlamentarier fest, sodass nun auch der Stadtrat sich zur Sache äussern darf. Um Worterteilung bittet das zuständige Ressort Gesundheit, in der Person von Stadtrat Mathias Ottiger, SVP.

Stadtrat Mathias Ottiger, SVP, wirft eine rhetorische Frage in die Runde: Bestünde im Rat tatsächlich ernsthaft die Absicht, dass zu einem Anliegen, das ein halböffentliches Interesse beschlage, zum momentanen Zeitpunkt noch Dritte eingebunden werden sollen?



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 28. JANUAR 2016

GESCH.-NR.

031/15

BESCHLUSS-NR.

Es läge in der Natur der Sache, wonach der Stadtrat mit einem Postulat lediglich eingeladen werde, einen Sachverhalt zu prüfen. Mitnichten sei damit bereits die Aufforderung zur Umsetzung verknüpft. Wenn der Stadtrat zu einer anderen Ansicht als die Urheber gelangen, müsse dies nicht zwingend gleich als Mangel oder Fehlbearbeitung interpretiert bzw. ausgelegt werden.

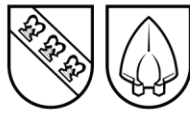
Zum ökologischen und ökonomischen Aspekt führt Stadtrat Ottiger aus, wonach Recycling dem Endverbraucher mitunter auch das Gefühl vermittle, etwas Gutes für die Umwelt zu bewirken. Kaum jemand wisse jedoch im Detail darüber Bescheid, was danach mit den entsorgten Flaschen, Batterien usw. passiere. Wenn nun die Meinung grassiere, mit einer Kunststoffsammlung werde die weiterhin bestehende Abfallthematik gelöst, so sei man einer Fehlbeurteilung unterlegen. Selbst die Abfallsäcke mit Plastiksammelgut würden letzten Endes nach Österreich transportiert, um dort der Kehrrichtverbrennung zugeführt zu werden. Ob es diesen sogenannten „Pioniergeist“ unter der Fahne des Umweltbewusstseins tatsächlich zu unterstützen gilt, bleibt fraglich.

Der Stadtrat möchte, bevor er weitere Massnahmen bemüht und an die Hand nimmt, die Erkenntnisse des Bundes abwarten. Das Bundesamt für Umwelt sei die kompetente Stelle, um solche Sachverhalte, Einflüsse und Auswirkungen zu prüfen und den weiteren Gemeinwesen Empfehlungen hinsichtlich tatsächlicher Umsetzung abzugeben. Es wäre sprichwörtlich der falsche Ansatz, wenn der Stadtrat entgegen allen Empfehlungen in eine andere Richtung argumentieren würde. Das gewählte Vorgehen spare Geld und fördere Vertrauen. Die Stadt Illnau-Effretikon müsse nicht in allen Belangen als Pioniergemeinde glänzen. Zudem sei diese Bezeichnung ohnehin fehl am Platz, wenn ähnliche Projekte im Kanton Zug und Thurgau bereits zum Scheitern verurteilt waren. Das Rad sei nicht in jedem Fall neu zu erfinden.

Der Stadtrat könne keine umfassendere Antwort liefern, als jene, die bereits vorliege. Der Stadtrat habe die Einführung eines Projektes geprüft und sei zum Schluss gekommen, in Anbetracht der geschilderten Umstände, kein solches zu initialisieren.

Der Stadtrat werde kaum zu einer anderen Ansicht gelangen, auch wenn die Antwort offenbar für den Geschmack der Urheberschaft etwas einseitig ausgefallen sei. Diesen Umstand bittet Stadtrat Ottiger zu entschuldigen.

Nachdem weder weitere Mitglieder des Parlamentes noch des Stadtrates das Wort zu ergreifen wünschen, ergeht die Abstimmung zur Abschreibung des Postulates.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 28. JANUAR 2016

GESCH.-NR.

031/15

BESCHLUSS-NR.

ABSTIMMUNG

DER GROSSE GEMEINDERAT

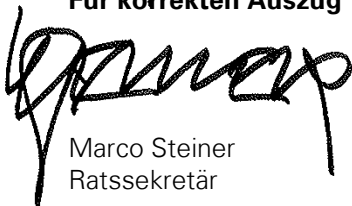
- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 18 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Von der Antwort des Stadtrates zum Postulat von Gemeinderat Urs Gut, GP, und Gemeinderätin Katharina Morf, FDP, sowie Mitunterzeichnende, betreffend Kunststoffrecycling wird Kenntnis genommen.
2. Die durch den Stadtrat beantragte Abschreibung des Postulates wird verweigert.
3. Der Stadtrat hat dem Grossen Gemeinderat innert Jahresfrist erneut Bericht und Antrag zu stellen.
4. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
5. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Urs Gut, GP, Tannstrasse 44, 8307 Effretikon
 - b. Katharina Morf, FDP, Bachtelstrasse 3, 8307 Effretikon
 - c. Stadtrat, zweifach
 - d. Abteilung Gesundheit
 - e. Abteilung Präsidiales, dreifach

Obgenannter Beschluss kam mit einem Stimmenverhältnis von 17 : 15 Stimmen (bei einer Enthaltung) zu Stande.

Für korrekten Auszug



Marco Steiner
Ratssekretär

Repliziert am: 10.03.2016

ms